

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Rakka wird befreit

Ein weiterer Schritt zur Befreiung von Rakka ist eingeleitet worden. Dies verkündete am Dienstag für die Demokratischen Kräfte Syriens (QSD) ihr offizieller Sprecher Talal Silo. Am 5. November 2016 hat die QSD den Kampf zur Befreiung Rakkas vom IS begonnen. Im Rahmen der „Zorn des Euphrat“ genannten Operation wurde in mehreren Phasen das Umland vom IS befreit und die Stadt Rakka mehr und mehr umzingelt. Auf der Südseite der Stadt liegt der Euphrat, im Westen, Osten und Norden die QSD. Viele von Dera Zor und Rakka gehörende Dörfer und Staudämme konnten bereits aus der Hand des IS befreit, tausende ZivilistInnen gerettet werden. An der Befreiung der Stadt beteiligen sich Angaben Talal Silos zu Folge

die Verteidigungseinheit YPG und YPJ, Ceys El Siwar (Revolutionäre Armee), Cebhet El-Ekrad, Liwa El-Şemal El-Dîmoqrati, Hêzên Eşîran, Mexawîr Humîs Tugayî, Siqûr El-Reqqa, Liwa El-Tehrîr, El-Selaciq Tugayî, Senadid güçleri, die Kräfte des Suryanischen Volksrates, des Militärrates von Minbic, des Militärrates von Dera Zor, die Selbstverteidigungseinheiten und Nuxbe Gücü. Unterstützung erhält der Kampf zur Befreiung von Rakka von Seiten des Zivilrates von Rakka, des Demokratischen Rates von Syrien so wie verschiedenen Stammesführern. Der Plan des Kampfes zur Befreiung der Stadt sei in Zusammenarbeit zwischen QSD und Internationaler Allianz entwickelt worden, erklärte Talal Silo für die QSD.

Talal Silo wies darauf hin, dass „in einem historischen Widerstand bereits Kobanê, Girê Spi, Hol und Şedadê haben befreit werden können“ und erklärte: „Jetzt können wir verkünden, der große Kampf, der Rakka befreien wird, hat begonnen.“ Um 16.00 Uhr Ortszeit sind noch am Nachmittag Kämpfer der QSD vom Osten her in die Stadt vorgerückt. Es kam zu heftigen Gefechten im Stadtteil Almashalab. In der Presseerklärung des Generalkommandos der Demokratischen Kräfte Syriens zum Beginn der letzten Offensive heißt es: „Nach einem langen Kampf, haben unsere Kräfte und die Kräfte, die einen gemeinsamen Kampf gegen die Terroristen führen, ihre Legenden des Heldentums in der Geschichte markiert. Vom histo-

Meldungen:

Referendum für die Unabhängigkeit Südkurdistans

Verschiedene Parteien folgten der Einladung der Leitung der Autonomen Region Kurdistan (KRG) und kamen am Mittwoch in Selahaddin zusammen. Auf der Sitzung unter Vorsitz von Mesud Barzani wurde beschlossen, dass Referendum über die Unabhängigkeit Kurdistans am 25. September dieses Jahres abzuhalten. Zuvor hatte die KRG bereits die UNO um Beobachter dafür gebeten. Die Gorran-Bewegung folgte der Einladung nicht. Auch die Komeleya Islami lehnte ihr Kommen ab. In einer Erklärung hieß es: „Wir nehmen nicht teil, der Versammlung fehlt es an der nötigen Glaubwürdigkeit“. Sie wies allerdings darauf hin „dass diese Entscheidung nicht den Abbruch aller politischen Beziehungen bedeute“.

Wenn man sich die Lage in Südkurdistan vor Augen führt, wird einem allerdings schnell klar, dass es zur Durchführung eines Referendums zu einem Thema mit solcher Tragweite mehr Bedarf als einiger Beobachter der UNO. Seit August 2015 ist die Präsidentschaft Barzanis abgelaufen, und ihm fehlt damit die nötige Legitimation. Da keine Einigung zu erzielen war, ist das Parlament von Südkurdistan seit dem 12. Oktober 2015 geschlossen. Mesud Barzani führt seit dem das Amt des Präsidenten nur noch de facto weiter. Dies ist jedoch in vielen Kreisen stark umstritten ist. (YH, 7.6., ISKU)

KDP unterzeichnet Vertrag mit russischem Mineralölkonzern

Nêçîrvan Barzani (KDP), Ministerpräsident der Autonomen Region Kurdistan, nahm am 2. Juni am St. Petersburg International Economic Forum (SPIEF) in St. Petersburg teil. Dort unterzeichnete er auch einen Vertrag mit dem russischen Mineralölkonzern Rosneft. Der Vertrag gibt Rosneft das Recht, zwanzig Jahre lang an fünf Orten Südkurdistans Erdöl zu fördern, es zu verarbeiten und auf dem internationalen Markt zu verkaufen. Mit dem Vertrag soll die Erdöl-Förderung in Südkurdistan von täglich 700.000 Barrel auf eine Million Barrel hochgeschraubt werden. Die Rosneft wird das Erdöl über die Pipeline Kerkük-Ceyhan nach Iskenderun und von dort nach Deutschland verbringen, wo es in den Raffinerien verarbeitet wird. Die Rosneft äußerte sich erfreut über

Demoaufruf der Aufruf der PYD Deutschland:

Solidarität mit Rojava und Shengal – Gegen die Kriminalisierung der PYD, YPG und YPJ

In Rojava und Shengal werden heute die demokratischen Grundwerte geschützt und verteidigt. Spätestens seit der Verteidigung Kobanês im Jahr 2014, weiß die ganze Welt, dass die Volks- und Frauenverteidigungskräfte YPG und YPJ in Rojava ihr Leben für Demokratie, Freiheit und Frieden auf der ganzen Welt einsetzen. Während der gesamte Mittlere Osten seit Jahren in Kriegen versinkt, wird heute in allen Regionen Kurdistans eine Alternative aufgebaut: Basisdemokratie, Frauenbefreiung und Ökologie bilden die Grundpfeiler des gesellschaftlichen Neuaufbaus. An dem Aufbau einer Gesellschaft in Freiheit beteiligen sich sowohl die regionalen Bevölkerungsgruppen, Glaubens- und Religionsgemeinschaften als auch tausende internationalistische AktivistInnen. Rojava und Shengal sind heute eine gelebte Alternative für alle Menschen, die für eine gerechte Welt ohne Krieg und Ausbeutung eintreten. Trotz millionenfacher Solidaritätsbekundungen von Menschen aus der ganzen Welt, sind bisher nur wenige Staaten solidarisch mit den demokratischen Errungenschaften in Rojava und Shengal. Es fehlt nicht nur an ausreichender direkter Unterstützung für den Kampf und Widerstand der YPG und YPJ. Die Kraft, die den Islamischen Staat (IS) seit Jahren am effektivsten bekämpft

und tausende von KämpferInnen verloren hat, bezeichnet heute einzig die Türkei als „Terroristen“, so wie sie es mit allen politischen Gegnern macht. Die Bundesregierung übernimmt nun die Sichtweise des AKP-Regimes von Recep Tayyip Erdoğan und stellt damit die YPG und YPJ mit praktisch verbotenen Organisationen gleich. Denn Deutschland treibt die Kriminalisierung der YPG und YPJ, aber auch der politischen Partei PYD am aktivsten voran. Die Empfehlung des Innenministeriums von Anfang März diesen Jahres, unter anderem die Flaggen der YPG, YPJ und der PYD bei öffentlichen Demonstrationen und Kundgebungen zu verbieten, ist der Höhepunkt dieser Kriminalisierungs- und Verbotspolitik. KurdInnen in Deutschland, aber auch ihre internationalistischen UnterstützerInnen können heute auf deutschen Straßen praktisch keine Solidarität mehr mit den demokratischen Errungenschaften sowie den Kampf und Widerstand in Rojava und Shengal leben und zeigen. Das Konzept des demokratischen Konföderalismus und die Praxis in Rojava und Shengal zeigen uns, dass ein demokratisches und gleichberechtigtes Zusammenleben der verschiedenen Völker und Glaubensgemeinschaften möglich ist. Reaktionäre Kräfte attackieren aus diesem Grund umso

heftiger gesellschaftliche Perspektiven, die jenseits kapitalistischer Ausbeutung und gesellschaftlicher Fragmentierung aufgebaut werden. Ob religiöser Fundamentalismus oder Nationalismus im Mittleren Osten und in Europa: Ziel ist stets, einen Keil in die Gesellschaften zu treiben. Emanzipatorische Alternativen zum bestehenden System sollen bereits im Keim erstickt werden. Unsere Kämpfe für eine solidarische Gesellschaftsperspektive müssen somit immer wieder zusammengeführt werden. Der Endpunkt der Demonstration markiert somit den Beginn der Gegenproteste gegen den geplanten Aufmarsch der rassistischen, neu-rechten „Identitären Bewegung“. Mit der aggressiven Stimmungsmache gegen Geflüchtete und alle, die als „nicht-europäisch“ oder „links“ markiert werden und nicht in ihr enges Weltbild passen, heizen sie aktiv den Rechtsruck an und pakieren dabei mit der „Alternative für Deutschland (AfD)“. Wir rufen alle solidarischen Menschen zur Teilnahme auf. Wer heute für die Demokratie einsteht, steht auch für Rojava und Shengal ein! Wir akzeptieren die Kriminalisierungs- und Verbotspolitik nicht!
Datum und Zeit: 17. Juni 2017 um 12 Uhr
Ort: Mathilde-Jakob-Platz (Rathaus Tiergarten), Berlin

Duran Kalkan: Nutzt die Kurden nicht als Spielball für eure Interessen!

Das Mitglied des Exekutivrats der Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistan (KCK), Duran Kalkan bewertete in einem Interview mit der Nachrichtenagentur ANF die Bestrebungen der Türkei, aber auch der USA und europäischer Länder die kurdische Frage als einen Spielball ihrer geopolitischen Interessen zu machen. Im Folgenden veröffentlichen wir einen kurzen Auszug des Interviews:

Erdoğan suchte den gesamten Monat Mai Unterstützung für seine Politik des Genozids gegen die kurdische Gesellschaft. Dafür reiste er von Land zu Land, hat aber keinen Zuspruch erhalten. Besonders interessant war die Haltung der USA. Was wollte die USA mit ihrer Aussage, die Türkei wäre ein NATO-Mitglied und solle sich auf ihre besondere Rolle besinnen, zum Ausdruck bringen? Wie ist ihre Einschätzung der Gespräche?

Vor dem Referendum hatte ich auf zwei Punkte aufmerksam gemacht. Falls bei dem Referendum mit einem „Ja“ gestimmt wird, wird im Inneren der Faschismus, die Unterdrückung und Verfolgung über die Menschen zunehmen. Außen jedoch wird Erdoğan eine 180-Grad-Wende einleiten. Wir hatten angemerkt, dass Erdoğan mit den Beschimpfungen aufhören, sein machohaftes Verhalten beenden und sich zu einem umherlaufenden Bettler verwandeln wird. Tatsächlich passiert das zurzeit. Es gibt eine Brutalität in der Türkei, die den Faschismus des 12. September-Regimes und die Diktatur von Saddam übertrifft. Nach außen hin wird jedoch eine Politik betrieben, die dem Betteln gleicht. Das geht so von Russland bis Europa. Die Medien der AKP sprechen dabei von „Warnungen und Botschaften“ die man angeblich ausspreche, doch dabei handelt es sich in der Realität um Handeln und Betteln.

Erdoğan versucht den im Landesinneren betriebenen Faschismus, die Verfolgung und die Massaker zu verheimlichen, im Ausland mehr Unterstützung zu erhalten und sich als mächtige Kraft zu etablieren. Man könnte sagen, er handelt mit der Logik eines Händlers. Die Türkei hat bei diesem Handel alle Karten

auf den Tisch gelegt. Mit der Bedingung, gegen die Kurden zu agieren, ist die türkische Regierung bereit, allen Zugeständnisse zu machen. Er sagt damit eigentlich; „Schweigt zu dem Völkermord an den Kurden, und ich werde euch geben was ihr wollt.“ Und darauf beruht ihr Handel mit der USA, Russland und China. Vor allem beruht darauf der Handel mit Europa. Dieser schmutzige Handel gegen die Kurden dauert seit 150 Jahren an. So wurden die Existenz und der Befreiungskampf der Kurden auf dem Markt angeboten und die staatlichen Mächte handeln heute damit. Wir wissen nicht, was die USA bei den letzten Gesprächen von der Türkei erhalten hat. Wegen des Kampfes zur Befreiung Raqqa vom Islamischen Staat (IS), braucht die USA die Kurden aus Rojava an ihrer Seite. Es könnte somit sein, dass sie der Türkei sagten: „Schweigt zu unserer Zusammenarbeit mit den Kurden, aber tut mit den Kurden im Norden was immer ihr möchtet. Wir unterstützen euch dabei.“

Ähmt dies nicht der Abmachung zwischen Mossul und Kirkuk während des Ersten Weltkriegs?

Ja, das ist der Handel mit den Kurden. Die Leugnung und Vernichtung der Kurden ist so eine Falle. Sie basiert auf einem System, in dem Regierungsmächte gegenseitige Interessen verfolgen und diese verhandeln. Im Wesentlichen geht es um dieses Spiel; „Gegen die PKK könnt ihr alles tun, aber sagt nichts zu YPG!“

In Deutschland wurden die YPG, YPJ und PYD Flaggen verboten. Dies passierte kurz nachdem Erdoğan nach Europa ging und verhandelte. Man müsste die deutsche Bundesregierung fragen; Welche wirtschaftlichen und politischen Interessen erfüllt ihnen Tayyip Erdoğan, dass sie dafür die YPJ verbieten? Zum einen heißt es, dass man den IS bekämpfe, aber auf der anderen Seite opfern sie das Wohl und die Existenz der Gesellschaften mit dem Handel über Incirlik oder anderen wirtschaftlichen, politischen und militärischen Handel. Man drückt ein Auge zu und wird mit-

schuldig an den verübten Massakern in der Türkei.

Vor einigen Tagen gab es einen Angriff des IS auf England. Vorher jedoch, hatten die Türkei und England gute Beziehungen. Auch England wird zurzeit von einer Frau regiert. Den größten Widerstand gegen den IS haben nämlich die kurdischen Frauen gezeigt. Aber diesen kurdischen Frauen werden in Sur, Cizre und Nusaybin die Häuser zerstört. Was denkt wohl die britische Premierministerin Theresa May darüber? Sie schließen Allianzen mit Menschen, die den Frauen in Cizre und Sur die Häuser dem Erdboden gleichmachen. Genau das meine ich, wenn ich sage, es wird gehandelt für die eigene Interessen. Und das machen sie alle, Amerika, England und auch Deutschland.

Dabei wurden die Kommandantinnen der YPJ doch im Élysée-Palast empfangen. Was ist passiert? Wenn der IS am Ende ist, werden die Kurden wieder verboten sein? Manche sagen; „Die YPG und YPJ sollen nicht in der Terrorliste stehen, aber die PKK schon.“ Was ist denn der Unterschied zwischen der YPG und der PKK? Beide leisten Widerstand gegen den Faschismus des IS.

Mit Faschisten und Mördern kann es keine Beziehungen und Allianzen geben. Man muss eine klare Position gegen den Faschismus einnehmen. Sie müssten gegen Erdoğan dieselbe Position vertreten, die sie damals gegen Saddam vertraten. Jeder sollte sich gegen den Faschismus Erdoğan stellen. Diejenigen die sich heute nicht dagegenstellen, werden morgen selbst daran leiden. In Europa wütet der IS. Wer ist der IS? Wer regiert diesen? Hat Erdoğan nicht Europa damit gedroht, dass er „überall mit dem IS angreifen“ könnte? Europa sollte dies nicht vergessen. Ihrer Beziehungen mit der Türkei sind ernster als je zuvor. Es gibt eine ernste Auseinandersetzung. Aber sie versuchen, diese Gegensätzlichkeit zu einer Feindschaft gegen die PKK zu bündeln. Sie sollen untereinander tun was sie wollen. Aber sie sollen damit aufhören, Handel über die PKK und die Kurden zu betreiben.

(ANF 30.5., CA, 4.6., ISKU)

den Vertrag und kündigte an, dass „weitere Verträge folgen“ würden. Da Einzelheiten des Vertrags unbekannt sind, ist nicht klar, inwieweit die Barzanis, ihr Klan oder die KDP von dem Vertrag profitieren. Unklar ist auch, ob und wie viel letztlich der Region Kurdistan zugutekommen wird. Şêrko Cewdet, Minister für natürliche Ressourcen im Parlament der Regionalen Region Kurdistan, ist entsetzt und bezeichnete die Vertragsunterzeichnung durch Neçîrvan Barzani als „glatten Verfassungsbruch“. Seit 2007 müssen Verträge über die Förderung von Erdöl und alle natürlichen Ressourcen vom Kurdischen Regionalparlament bestätigt werden. Im Falle des Vertrags mit Rosneft wurde „weder das Parlament, noch die Kommission, der er vorsteht, überhaupt informiert“, erklärt Şêrko Cewdet.

Die vier Parteien Gorran-Bewegung, Komeleya Îslami (Islamische Gemeinde), Tevgera Îslami (Islamische Bewegung) und Yekîtiya (Islamische Einheit) veröffentlichten gar eine gemeinsame Erklärung, in der sie Erdölverträge wie diesen als „Gefahr für die Zukunft der Region Kurdistan“ brandmarkten. Die vier Parteien erklärten, es wäre „ein Irrtum zu glauben, Probleme wie die vorherrschende Krise, die hohe Arbeitslosigkeit oder die verbreitete Armut wären mit Erdölverkäufen beizukommen“. Auch äußerten sie Unglauben gegenüber Verlautbarungen darüber, dass das „Regionale Gebiet Schulden von 27 Milliarden Dollar habe und fragten sich wofür diese denn wohl ausgegeben worden seien“. Zuvor gab es bereits Kritik an Erdöl-Verträgen, die die Barzanis getätigt hatten. Vor allem auch an einem Vertrag mit der Türkei. Versuche deshalb oder wegen anderer Verträge eine Parlamentarische Untersuchungskommission einzurichten scheiterten allerdings bisher immer am Widerstand der Regierung.

(ANF 4.6., ISKU)

Quellen:

ANF Firat
Nachrichtenagentur
CA Civaka Azad
YH Yükeskova haber

N ü ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der

ISKU
Spaldingstr. 130-136
20097 Hamburg
Tel.: 040 - 421 02 845
E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.

Spenden auf unser Konto:
IBAN: DE42370100500003968506
BIC: PBNKDEFF (Postbank Köln)
Weitere Informationen findet Ihr im Internet unter:

www.isku.org

→ Rakka wird befreit

rischen Widerstand von Kobanê über die Befreiung von Girê Spi, Hawl und Shaddadi, bis zu den Dörfern Deir ez-Zors und Raqqa und dem Staudämmen in diesen Regionen wurden historische Schritte zur Befreiung der Völker dieser Regionen von den Terroristen und zur Erfüllung ihrer lebenswichtigen Bedürfnisse innerhalb der vorhandenen Ressourcen, gemacht.

Heute erklären wir im Namen des Kommandos des Operationsraums „Zorn des Euphrats“, dass wir den „Großen Kampf“ um die Befreiung der Stadt Raqqa, welche die Banden zur Hauptstadt der Angst und des Terrorismus gemacht haben, nun begonnen haben. (...) Dieser Kampf findet statt mit der Hilfe des Raqqa Zivilrats, des Syrischen Demokratischen Rates (MSD), den Wort-

führern der Stämme der Region und mit der Hilfe unseres Volkes in dem Gebiet. Wir erklären, dass unsere Kräfte mit hoher Moral und großartigen Vorbereitungen bereit sind für den Kampf. Wir geben zur Kenntnis, dass der Gefechtsplan, der mit unseren Partnern auf dem Boden, der Internationalen Koalition diskutiert wurde, bereit zur Umsetzung ist. (...) (ANF/CA, 6.6., ISKU)